



## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld SPD**

### **Netzneutralität in der Bundesrepublik und in Europa erhalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund und auf europäischer Ebene für die Erhaltung der Netzneutralität einzusetzen und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass das im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD festgesetzte Ziel, die flächendeckende Grundversorgung in ganz Deutschland mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s bis 2018, unverzüglich konzeptionell und praktisch umgesetzt wird.

#### **Begründung:**

Presseberichten zufolge hat sich Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB im Rahmen einer Vodafone-Konferenz für die Abschaffung der Netzneutralität ausgesprochen, bei gleichzeitiger Schaffung eines „Internets für Spezialdienste“. Dieses soll parallel zum „freien Internet“ existieren und, im Gegensatz zum „freien Internet“, bestimmte Übertragungsraten gewährleisten. Dies verstößt nicht nur gegen die Netzneutralität, welche garantiert, dass die Daten aller Bürger im Netz gleich behandelt werden bzw. nicht bevorzugt durch das Internet geleitet werden, sondern auch gegen die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD. Hierin wurde festgelegt, dass die Gewährleistung von Netzneutralität als eines der Regulierungsziele im Telekommunikationsgesetz verbindlich verankert wird und dass sich die Koalition auch auf europäischer Ebene für die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität einsetzen wird. Des Weiteren steht zu befürchten, dass die Abschaffung der Netzneutralität einerseits negative gesellschaftliche Auswirkungen nach sich ziehen wird, da die Einführung eines „Internets für Spezialdienste“ zwangsläufig in einer Zweiklassen-Gesellschaft im Internet mündet, andererseits ist mit negativen wirtschaftspolitischen Folgen zu rechnen, da sich nur finanziell starke Unternehmen ein „Internet für Spezialdienste“ leisten werden können und junge innovative Unternehmen in ihrer Entwicklung eingeschränkt werden.